

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge u. Hilfsarbeiter in Mauer-, Beton-, Tiefbau-, u. Dachbederbetrieben, in der Schmelzen- u. Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien und Glasereien, in Papi- und Buchbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Hölzerer, Klebenleger, Ofenbauer, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Er erscheint wöchentlich Sonnabends, Monatsgebühren 1.- RM, (ohne Bestellgeld), Bestellungen nur durch die Post. Schluss des Ablasses Montag früh.

Herausgeber: Deutscher Bauergewerksbund

Bankkonto: Kant der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S 14, Deutscher Bauergewerksbund, Zentral-Geschäftsamt nach Carlshof, Werder, Berlin SW 11.

Berlin SW 68, Friedrichstr. 5-6, Fernspr.: 37 Dönhoff 7650, 7651, 6240, Postfach, Berlin SW 6232.

Die Papen-Bescherung für die Proleten.

Unnmer liegt die vom Reichskanzler in Münster angekündigte „Verordnung zur Belegung der Wirtschaft“ schwarz auf weiß vor. In Nr. 57 des „Reichsgesetzblattes“ befindet sich der Wortlaut der Verordnung, die Nr. 58 enthält die Durchführungsbestimmungen. Im allgemeinen geben diese Vorschriften den Gedanken der Papen in Münster wieder. Wenn unsere Kollegen diesen „Grundstein“ in die Hände bekommen, dürften die durch Verordnung verfügbaren Lohnsenkungen — soweit die Verordnung darauf zutrifft — bereits „Besetz“ werden. Wir setzen Besetz in Gänsefüßchen; denn nach der Auslegung hervortretender Juristen sind Vereinbarungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften ein diktatorisches Grundrecht, auf das der berichtigte Artikel 48 der Reichsverfassung nicht anwendbar ist; jede Durchbrechung des Unabdingbarkeitsprinzips der Lohnartef sei verfassungswidrig. Wo auf Grund dieser Verordnung vom Tarifvertrag abgesehen werde, ende die tarifliche Friedenspflicht. Die Papen-Regierung scheint allerdings anderer Meinung zu sein...

Nach dieser kurzen verfassungsrechtlichen Betrachtung wenden wir uns den Durchführungsbestimmungen zu dieser Verordnung zu. Zunächst wird darin geregelt die von uns schon erwähnte Lohnsenkung bei Vermehrung der Beschäftigtenzahl. Wenn in einem Betriebe oder einer Betriebsabteilung mehr Arbeiter beschäftigt werden als am 15. August oder im Durchschnitt der Monate Juni, Juli, August 1932, dann kann der Unternehmer ohne Aenderung des Arbeitsvertrages während der Dauer der Erhöhung der Arbeiterzahl (jedoch nicht für die Zeit vor dem 15. September 1932) die jeweiligen tariflichen Lohnsätze für die 31. bis 40. Wochenarbeitsstunde herabsetzen. Die hiernach zulässige Unterschreitung der tarifvertraglichen Lohnsätze beträgt bei Vermehrung der Arbeiterzahl um mindestens 5% 10%, um mindestens 10% 20%, um mindestens 15% 30%, um mindestens 20% 40%, um mindestens 25% 50%. Lehrlinge und Volontäre dürfen dabei nicht mitgezählt werden. Diese Unterschreitung der tarifvertraglichen Lohnsätze soll nicht gelten für gewerbliche Betriebe, die regelmäßig nur während einer bestimmten Zeit des Jahres arbeiten oder die regelmäßig in einer bestimmten Jahreszeit außergewöhnlich verstärkt arbeiten. Dies trafe auch auf das Baugewerbe zu. Aber es heißt dann weiter: „... wenn die Zeit der Arbeit oder der verstärkten Arbeit ganz oder teilweise in die Monate September bis März fällt“. Herr, dunkel wird dadurch der Rede Sinn! Diese Ergänzung trafe auf das Baugewerbe — allgemein betrachtet — nicht zu. Dann heißt es weiter: „Falls Zweifel in dieser Richtung bestehen, dann hat der Schlichter mit bindender Wirkung innerhalb seines Bezirks zu entscheiden.“ Wehlich heißt es auch im § 5 der Verordnung. Der Schlichter ist demnach in solchen Fragen allmächtig. Aber im Baugewerbe werden wir uns auf allerlei Nachbetrachtungen gefaßt machen müssen...

Ferner steht in der Durchführungsverordnung, daß ein Unternehmer, der von der ihm zugewiesenen Berechtigung zur Unterschreitung der tariflichen Lohnsätze Gebrauch macht, der Belegschaft den Lohnabbau nur durch Ausschlag bekanntzugeben und dem Schlichter anzuzeigen hat. Im Ausschlag müssen auch die Zahl der am 15. August oder im Durchschnitt der Monate Juni-August 1932 beschäftigten Arbeiter oder Angestellten, die vorgenommene Vermehrung ihrer Zahl und die ermäßigten Lohn- oder Gehaltsätze angegeben sein. Trifft eine für die Bemessung wesentliche Aenderung der Arbeiter- oder Angestelltenzahl ein, so ist dies im Ausschlag zu berücksichtigen. Werden Arbeiter entlassen, so tritt die Ermäßigung der Lohn- oder Gehaltsätze bei Arbeitern mit Ablauf des am Tage

der Verminderung laufenden Lohnzahlungsabschnitts, bei Angestellten bei Ablauf der Monatshälfte ganz oder teilweise außer Kraft. Folglich richtet sich der Lohn nicht mehr nach der Leistung, sondern nach der Zahl der Beschäftigten. Ferner können dem Unternehmer die vorgenannten Berechtigungen vom Schlichter ganz oder teilweise entzogen werden, soweit nach des Schlichters Überzeugung der mit der Verordnung beabsichtigte Zweck nicht erreicht wird, besonders wenn die Mehrereinstellungen durch Verschiebung zwischen mehreren Betrieben oder Betriebsabteilungen bedingt sind. Bei Auskunftsverweigerung gilt das Gleiche. Auch hier ist die Entscheidung des Schlichters bindend.

In der Landwirtschaft werden die Sachbezüge von der Senkung ausgenommen. Die Unterschreitung der tarifvertraglichen Lohnsätze erscheint hier zunächst gemildert, sie bewegt sich zwischen 2 und 10%, erstreckt sich jedoch auf sämtliche Arbeitsstufen. Und falls die tarifvertraglichen Sachbezüge im Werte die tarifvertraglichen Lohnsätze übersteigen, dann verdoppelt sich außerdem noch die Hundertsätze der zulässigen Unterschreitung, so daß sich die Lohnminderung in der Landwirtschaft noch stärker auswirkt als in der Industrie.

Nun zum zweiten Teil der Verordnung. Hier handelt es sich um die Erhaltung „gefährdeter“ Betriebe. Es heißt da: „Wenn die Erfüllung der dem Unternehmer obliegenden tarifvertraglichen Verpflichtungen die Weiterführung eines Betriebes oder seine Wiederaufnahme durch besonders diesen Betrieb betreffende, außerhalb seines Einflusses liegende Umstände gefährdet ist, so kann der Schlichter den Unternehmer ermächtigen, die tarifvertraglichen Lohn- und Gehaltsätze im bestimmten Umfang ohne Aenderung des Arbeitsvertrages zu unterschreiten.“ Auch in diesem Falle ist der Schlichter allmächtig, er setzt den Umfang der zulässigen Unterschreitung verbindend fest. Eine Grenze ist ihm nur insofern gezogen, daß er über 20% Minderung der tariflichen Lohn- und Gehaltsätze nicht hinausgehen darf. Wir deuten schon im Leitartikel unserer vorigen Nummer an, daß dieser am bedenklichsten erscheinende Teil der Verordnung große Verheerungen in der Lohnbildung anrichten wird. Wer heute auf eine gerechte Beurteilung der Arbeiterbelange erwartet, der wäre um seinen Optimismus zu beneiden. Diese Bestimmung wird in einschneidendster Weise und jeden-

falls allgemein angewendet werden, so daß das berühmte „Existenzminimum“ Papens glatt erreicht wird. — Die Verordnung ist, soweit es sich um Maßnahmen zu ihrer Durchführung handelt, am Tage ihrer Verkündung, dem 5. September 1932, in Kraft getreten; im übrigen tritt sie am 15. September in Kraft. Die Vorschriften, soweit es sich um den Lohnabbau bei Mehrereinstellung handelt, sollen am 31. März 1933 ablaufen.

So steht der verordnete Generalangriff auf die Löhne der Arbeiter und Angestellten aus. Nebenher müßt die Lohnabbauquillone durch die Schlichtung unentwegt weiter. Das „Existenzminimum“ für Arbeiter und Angestellte soll unbedingt erreicht werden. Wir sollen uns „wieder großhungern“. Ein billiges Schlagwort für phrasenempfindliche Naturen. „Großhungern“ — oder vielmehr kaputtgehungen — „soll sich nur die breite Masse. Die Herrschaften von Ar und Galm, von Schlot und Esse sind davon ausgenommen; sie dürfen in Leppigkeit schwelgen. Milliarden werden ihnen in den Schoß geworfen. Ihnen märchenhafte Milliardenbescheide, den Arbeitern die Hungerpeitsche! So will es die von den Scharfmachern aller Grade gepriesene Staatsweisheit und Staatsraison. Jedoch jedes Ding hat zwei Seiten. Wie man durch einen solchen allgemeinen Generalangriff auf die Löhne und Gehälter — der noch verstärkt wird durch besondere Lohnabbauquillone der Unternehmer — die Kaufkraft im Lande erhöhen und die Wirtschaft „ankurbeln“ will, ist schleierhaft. Außerdem fehlt ausgegemergelten Arbeitern die Kraft zu voller Arbeitsleistung. In gleichem Ausmaß schwindet die Arbeitsfreude. Für Hungerlöhne kann nur halbe Arbeit geleistet werden. Zudem soll auch das soziale Recht auf ein Minimum gedrosselt werden. Darüber sprechen wir in einem besonderen Aufsatz. Dieser ebenso verhängnisvolle wie verheerliche Sturm auf die Löhne und das soziale Recht wird die allgemeine Kaufkraft auf das äußerste Minimum zusammendrücken. Wirtschaftskrise und Not der breiten Massen werden verewigt. Man käufte sich nicht in den höheren Regionen: Dahinter lauert das Chaos! Für die Arbeiterschaft, jedoch ist verdoppelter Wachstumsbedarf der Stunde. Die Würme der Gewalttätigkeit und Wirtschaftsmagnaten werden nicht in den Himmel wachsen. Die Organisationen der Arbeiter sind noch da. Sie werden alles, was in ihren Kräften steht, unternehmen, um diesem auf das Haupt der Arbeiter und Angestellten beschworenen Unheil entgegenzutreten. Noch lange nicht ist aller Tage Abend!

„Die Soziale Mission des Staates.“

Das deutsche Volk, dessen derzeitige Reichsregierung nach den eigenen Worten des Berliner Oauliters der Nationalsozialisten, Josef Goebbels, auf dem dritten Rücken der Nazi-Partei behende in die Allmählichkeit geklettert ist, genießt durch die zweite Notverordnung der Papen-Regierung den denkbar besten Anschauungsunterricht von der „sozialen Mission des Staates“. Bei diesem Satz handelt es sich um eine Aenderung derselben Regierung, die sich in der Notverordnung vom 4. September den Auftrag gegeben hat, „die sozialen Einrichtungen zu vereinfachen und zu verbilligen und zu diesem Zweck Vorschriften auf dem Gebiete der Arbeitsverfassung einschließlich der Verfassung der Arbeitsgerichte, des Arbeitsvertrages, des Tarifvertrages, des Schlichtungswesens und des Arbeiterlohnes zu erlassen, wie auch auf den gelamten andern Gebieten des Sozialrechts (Versicherungswesen und Versorgungs-wesen, Arbeitsvermittlung, Arbeitsdienst) Aenderungen vorzunehmen.“

Abgesehen davon, daß nach Auffassung bekannter Rechtslehrer auch dieser Generalauftrag an die Reichsregierung verfassungsrechtlichen Bedenken unterliegt, ist nach den Erfahrungen, wie die Reichsregierung mit dem Tarifrecht umspringt, auch in der Sozialpolitik, noch mit manchem Schlag gegen die Volksrechte zu rechnen. Was im einzelnen geplant ist, ist zur Zeit noch nicht bekannt. Wir lassen uns

aber auch durch noch so schöne Reden nicht blaffen, auch nicht davon, daß der Reichsarbeitsminister in seiner Rundfunkrede die erfreuliche Auffassung äußerte, daß der Staat bei der öffentlichen Hand sich auf eine angemessene Erhöhung der Unterhaltungsätze einrichten müsse. Selbst wenn man hier und da ein Unterhaltungsmaß der ersten Papen-Notverordnung, nachdem sich logar die Regierung davon überzeugt haben sollte, wieder aufgefesselt würde, ist bei der Tendenz der Sozialpolitik dieser Regierung damit zu rechnen, daß, nachdem man die Arbeitslosen vor sich zur Strecke gebracht hat, man auf dem Altar der „neuen Staatsführung“ auch andere Einrichtungen der Sozialversicherung opfern will. Von dem höchsten Wort von der „Wohlfahrtsankunft“, bis zu den Taten, nach denen Herr von Papen und seine Regierung wunschgemäß beurteilt werden wollen, geht ein schnurgerader privatschafflicher Kurs unter besonderer Berücksichtigung der Interessen derer, die in der kapitalistischen Welt den Rahmen der Reichsregierung bilden.

Aus weltanschaulich verstandem Lager liegt eine interessante Beurteilung der Politik der gegenwärtigen Reichsregierung vor. Sie lautet: „Ich muß es hier offen aussprechen, daß besonders im Hinblick auf die Not der Gegenwart, auf das bestehende Maß an Unterhaltungen, das gewährt wird und vielleicht nur gewährt werden kann, die bekannte öffentliche Verlautbarung, daß die moral-

ischen Kräfte im Volke durch den Wohlstandsaufgebaue gefördert werden, wie ein Schlag ins Gesicht hungernder Volksmassen und auch als ein Widerspruch zur christlichen Sozialaufklärung wirken müßte." Diese Worte sollten auf dem Katholikentag gesprochen werden. Sie wurden aber nicht gesprochen; wahrscheinlich als Äquivalent, daß Herr von Papen dieser Tagung fernbleiben sollte.

"Die gegenwärtige Reichsregierung betrachtet sich als Säler und Vermittlerin des sozialpolitischen Gutes", sagte der Reichsarbeitsminister in seiner Rundfunkrede. Wie sich die Reichsregierung das Vermitteln des sozialpolitischen Gutes vorstellt, offenbart die Tendenz ihrer zweiten Notverordnung. Der "Auftrag" hat folgenden Wortlaut:

"Die Reichsregierung wird beauftragt, im Hinblick auf die gegenwärtige Not des deutschen Volkes zur Erhaltung der sozialen Fürsorge und zur Erleichterung von Wirtschaft und Finanzen die sozialen Einrichtungen zu vereinfachen und zu verbilligen. Sie wird zu diesem Zwecke ermächtigt, Vorschriften zu erlassen

1. über die öffentlich-rechtliche Versicherung für den Fall der Krankheit und des Alters, der Arbeitslosigkeit, der Berufsunfähigkeit, der Invalidität und des Todes; die Ermächtigung erstreckt sich insbesondere auf Umfang, Gegenstand und Träger der Versicherung, die äußere und innere Verfassung der Versicherungsträger und Versicherungsbehörden, das Verfahren und die Aufbringung der Mittel, die Verwaltung und Wirtschaftsführung; die Ermächtigung gilt entsprechend für die Arbeitsversicherung;

2. über den äußeren Aufbau und die innere Verfassung, das Verfahren und den Geschäftsgang der Versorgungsbehörden. Die Reichsregierung kann hierbei auch Bestimmungen über die Wahrnehmung der Aufgaben dieser Behörden treffen;

3. auf dem Gebiete der Arbeitsverfassung einschließlich der Verfassung der Arbeitsgerichte, des Arbeitsvertrages, des Tarifvertrages, des Schlichtungswesens und des Arbeitsstreitverfahrens; die Ermächtigung erstreckt sich auch auf die Zusammenfassung von Vorschriften auf solchen Gebieten;

4. auf dem Gebiete der Arbeitslosenhilfe und der öffentlichen Fürsorge, des Arbeitsmarktes, der Arbeitsvermittlung und Arbeitsbeschaffung, der Arbeitsfürsorge und des Arbeitsdienstes; die Reichsregierung kann dabei auch die Mitwirkung der Gemeinden, Gemeindeverbände und anderer rechtsfähiger Körperschaften sicherstellen."

Diese Bestimmung ist wiederholt. Soll sie nur das Recht geben, in die Organisation der Träger der Sozialversicherung einzugreifen, um sie zu vereinfachen und zu verbilligen, oder will die Regierung darüber hinaus auch in das materielle Recht eingreifen?

Der "Auftrag" selbst hat eine Vorgeschichte, die nicht nur dem Juristen, sondern auch dem Individualpsychologen wertvolles Studienmaterial bietet. Der Text des Auftrages war bereits vor Veröffentlichung der Notverordnung von der sozialdemokratischen Tagespresse veröffentlicht worden. Die Reichsregierung ließ ihn aber demontieren. Er sei kein Bestandteil der Notverordnung, sondern nur ein längst fallengelassener Referentenentwurf. Trotz des Demontiers wurde zwei Tage später die Öffentlichkeit

damit abermals, daß mit Ausnahme der Einleitung nicht nur im Ganzen, sondern fast wörtlich der angeblich fallengelassene Referentenentwurf einer der wichtigsten Bestandteile der Notverordnung geworden war. Dabei ist noch zu beachten, daß die Vollstreckung auf die der neue Wirtschaftspakt berechnet ist, sondern sie soll, obwohl sie sich nur auf den Artikel 48 der Reichsverfassung stützt, neues Recht für lange Dauer schaffen.

Auf eine populäre Formel gebracht würde der Auftrag lauten: "Die Reichsregierung wird ermächtigt, auf dem Gebiete der Sozialpolitik zu tun, was sie will." In einer Notzeit ohnegleichen hat sich die Reichsregierung ein handfestes privat- und profittkapitalistisches Programm zusammengedämmt, das der großen Masse des Volkes immer und immer wieder neue Lasten auferlegt, gegen die sich das Volk angesichts der ungewöhnlich schlechten Lage mit wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Mitteln zur Wehr setzen nicht in genügend erfolgreichem Maße wehren kann. Das in jahreslangem Arbeit mühsam aufgebaute Werk der deutschen Sozialpolitik wird durch diese Verordnung bis auf sein Grundfest erschüttert. Die Sozialreaktion soll völlig freie Hand bekommen; freie Hand durch eine Ermächtigung, die sich die Reichsregierung selber erteilt hat, und die so weit geht, den gesellschaftlichen Inhalt der Sozialpolitik, die Verwaltung der sozialen Einrichtungen willkürlich und nach freiem Ermeßen ohne jede parlamentarische und demokratische Kontrolle zu ändern. Zur Zeit fehlt sogar noch jede Richtlinie, die den Weg weist, wie diese aufsteck und Schranken erteilt. Nichts wäre nach dieser neuen Notverordnung an Eingriffen unmöglich. Ein solcher Eingriff kennt kein Beispiel in der Geschichte der Sozialpolitik. Die Reichsregierung unternimmt einen Schritt, der die gefährlichsten Folgen zeitigen kann und auch den Bestand des Staates in einer Weise gefährdet wie nie zuvor!

Die Sozialreaktion und die Regierung des Herrn von Papen werden keine Ermächtigungsergebnisse sein. Aber eine Arbeiterbewegung, die in knapp schlagkräftiger Tätigkeit dem Arbeiter vom Fabrikfließband zum Staatsbürger gemacht hat, wird sich bald wieder die Kräfte entwickeln, die Reaktion niederzuschlagen. Was alles auf dem Spiele steht, werden die nächsten Tage zeigen. Für heute sei lediglich festgestellt, daß es eine Geschmackslosigkeit ist, wenn sich die Regierung bei dieser Notverordnung noch auf die Worte des Reichspräsidenten beruft, "daß die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter gelichtet und der soziale Gedanke gewahrt bleiben soll". In Wirklichkeit ist man drauf und dran, die Sozialversicherung zu erschlagen und die Sozialpolitik völlig zu verpulvern. Man wird einen Eberdenkmalen juristisches, den zu beseitigen sich selber die jetzt so sehr geschätzten freien Arbeiterorganisationen angelegen sein lassen müssen. Das Notverordnungswort ist nichts anderes als die gezielte Festlegung des Klassenkampfes von oben mit Hilfe der Nazis. Das wollen wir nie vergessen und die einzig richtige Schlussfolgerung daraus ziehen: Stärkung der Gewerkschaften mit aller Kraft! Was das bedeutet, zeigt ihre Geschichte: Wiederrichtung der Reaktion. Sozialer und wirtschaftlicher Wiederaufstieg!

Sturm im Reichsarbeitsministerium.

Am 8. September waren die Spitzenverbände der Arbeiter- und Angestelltenverbände beim Reichsarbeitsminister Schaeffer. Tags zuvor waren die Unternehmer bei ihm. Ihre Besprechung verlief ruhig, was an sich kein Wunder ist, da die Regierung den Unternehmern mehr gab als sie erpöckten. Steuererleichterungen, Einstellungsprämien und Lohnabbau sind ein seltenes Millardensouper. Noch nie dagewesen! Erst möglich geworden durch den nationalsozialistischen Aufruf.

Die Besprechung der Gewerkschaftsvertreter mit dem Minister verlief dagegen sehr färmlich. Wichtige Zusammenkünfte droben zeitweilig die Besprechung zu sprengen. Dem schreitenden Unrecht, das der neue Regierungskurs fortgesetzt an den Arbeitern verübt, und das in dieser Notverordnung einen knallharten Höhepunkt erreicht, verteilten die Gewerkschaftsvertreter in wichtiger und scharfer Anklage gegen die Verantwortlichen energischen und schmerzhaften Ausbruch. Nicht die technische Seite der Durchführung der neuen Verordnung wurde erörtert, sondern es wurde leidenschaftlicher Protest erhoben gegen die unmögliche Politik der Papen-Regierung, sich in einer Blankovollmacht das Recht zur willigen Umkehrpfehlung aller sozialen Einrichtungen zu geben.

Unter dem Eindruck des Gewerkschaftsprotestes verlor der Reichsarbeitsminister immer wieder, die Gewerkschaftsvertreter mit dem Hinweis zu beruhigen, daß das Ziel der Regierung doch die Beschaffung von Arbeit sei.

Darauf wurde ihm erwidert, daß sei auch das Ziel der Gewerkschaften; aber der Weg, den die Regierung einschlägt, sei falsch. Das Lohnprämienystem sei nicht nur sozialpolitisch, sondern auch wirtschaftspolitisch mehr als bedenklich. Es schaffe unlaulere und unsauberere Konkurrenzverhältnisse und garantiert trotzdem noch lange keine fühlbaren Mehrerstellungen von Arbeitskräften. Der neue Lohnabbau, den die Tarifauflösung zur Folge hat, rufe die Gefahr einer allgemeinen Lohnabwärtsebene hervor. Neue Schwächung der Kaufkraft bringe keine Beendigung der Deflation, Senkung der Gestehungskosten bis tief unter die Hungergrenze sei keine Lösung der gestellten Aufgaben! Die Verallgemeinerung des Hungers, unter dem die Arbeitslosen zugrunde gehen, ist kein Weg ins Freie! Und die Blankovollmacht, die sich die Regierung vom Reichspräsidenten für die Umgestaltung der deutschen Sozialpolitik geben ließ, komme einem Brand der Reichsverfassung gleich. Nach der Reichsverfassung stehe dem Reichspräsidenten nicht das Recht zu, von vornherein alle gesellschaftlichen Bestimmungen auf sozialpolitischem Gebiet von sich aus umzugestalten.

Die vicepräsidentliche Aussprache war eigentlich keine solche. Sie war eine Abrechnung! Eine Abrechnung, in der der Regierung die Meinung gelangt und ihr nichts geschenkt wurde. Mit der schärfsten Verwahrung gegen die neue Notverordnung wurde die Regierung darauf hingewiesen, daß die gesamte Arbeiter- und Angestelltenchaft unter Führung der Gewerkschaften mit allen Mitteln gegen das dem Volke zugemutete Verordnungsurrecht ankämpfen wird!

Bausparkassen.

Die Wirtschaftskrise rüttelt auch heftig an dem Bestand gesunder Bausparkassen. Von den schlecht fundierten, auf schwacher Grundlage leichtsinnig errichteten, haben inzwischen schon eine ganze Reihe das Zeilische gelehrt; einer weiteren Anzahl schwacher Bausparkassen wird vom Reichsaufsichtsrat für Privatversicherung das Lebenslicht ausgeblasen werden.

Es ist auch kein Zweifel darüber, daß die soziale Problematik des Bausparens nicht ihrer Lösung näher gebracht worden ist. Gedanke und Entwicklung befinden sich zurzeit im Bedauernszustand; vielfach sind sogar Rückfälle festzustellen. Immer noch ist Bausparen keine Angelegenheit der großen minderbemittelten Volksschichten, sondern Sache verhältnismäßig weniger Fest- und Sicherbesoldeter. Noch viel weniger ist Bausparen allgemeine Sache von Arbeitern und Angestellten. Nur wer sich eines sicheren Einkommens erfreut, kann das Risiko des Bausparens auf sich nehmen. Und auch sie nicht alle mit baldigem Erfolg. Auf höherem Einkommen und auf fähigen enormen Geldeingang beruht die Existenz der Bausparkassen. Solange die Gelder einlangen, konnte sogar die schlechteste Bausparkasse ihr Leben fristen. Damit ist aber jetzt Schluss.

Der Beharrungszustand des Bausparensdenkens offenbarte sich auch deutlich auf einer sogenannten Bausparkassentagung, die im Rahmen der diesjährigen Leipziger Herbstmesse abgehalten wurde. Der erste Referent, ein Geschäftsführer der Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde, Wüstenroth, gab nicht viel mehr als einen Ueberblick über

die Tätigkeit seiner Gemeinschaft, legte im einzelnen den Gedanken des Zweckpares dar, ohne jedoch neues zu sagen. Ein zweiter Referent sprach zwar in überzeugender Weise über die wirtschaftliche Wichtigkeit und Notwendigkeit des Siedlungswesens, beleuchtete seine besondere Bedeutung für Volk und Wirtschaft sowie die allgemeine wirtschaftsbeschönde Wirkung eines lebensvollen Bausparwesens für die Gesamtwirtschaft. Aber die aktuelle Problematik des Bausparens wurde nicht berührt. Ueber

Erfolge und Mißerfolge der Bausparkassenbewegung berichtete in den Heften 16 und 17 der Zeitschrift "Wohnen, Siedeln, Wohnen" Dr. Karl Brockschmidt in einer längeren Uebersicht, die wir im stark gedrängten Auszug wiedergeben.

Die sich anstehende Entwicklungskurve ist bei den meisten Bausparkassentagen erstmalig im Jahre 1931 unterbrochen worden. Die Geschäftsberichte der bedeutendsten Bausparkassen zeigen, daß die stark rückläufige Konjunkturbewegung mit ihren einschneidenden Folgen für den Haushalt der in Frage kommenden Sparerschaften zu einer Minderung der Sparkraft geführt haben. Obwohl die geschlossenen Kapitalmärkte der Bausparkassen unter den ihnen zumuteten eine Ausnahmestellung einnehmen, da bei ihnen die Gefahr der Einlagen ausgedehnt sind und die langfristige Festlegung der Einlagen ausgeschlossen sind und das Liquiditätsproblem der Kreditbanken und Sparkassen nicht besteht, sind doch mannigfache Auswirkungen durch

die Vertrauenskrise der Sparer im Juli 1931 auf die Bausparkassen festzustellen. Eine genaue Uebersicht über die Zahl der am 30. Juni 1931 in den Bausparkassen festgestellten Guthaben ergab, daß die Bausparkassen Guthaben im Juli 1931 gegenüber dem 30. Juni 1931 um 1,8 Millionen höherer Zugang an Spargeldern und einen um 1,8 Millionen Reichsmark höheren Einlagenzuwachs aufwies als 1931. Aber das ist nicht ausschlaggebend, fast sämtliche zusammengebrochenen Bausparkassen haben noch in der letzten Zeit ihres Bestehens in dieser Hinsicht große Erfolge erzielt. Selbst die Zunahme des Bausparkassenbestandes der Deutsche Bausparkasse in der Zeit vom 1. Juli 1931 bis zum 30. Juni 1932 ist ein Beweis für die außerordentlichen Manipulationen ihrer Leiter und den sonstigen unblöden Geschäftspraktiken — ihren Zusammenbruch nicht verhindert.

In der Entwicklung des größten und ältesten deutschen Instituts, der Bausparkasse Gemeinschaft der Freunde, Wüstenroth (BdF), ist erstmalig im vergangenen Geschäftsjahre ein Sinken des Bausparkassenbestandes festzustellen. Bei der BdF konnten ebenfalls nur solche Sparer ihr Ziel erreichen, die durch ihre persönlichen Einkommensverhältnisse in der Lage waren, durchschnittlich mehr als die Hälfte der beantragten Bausparkassensummen auszusparen. Die Sparkassen legen über die Normalparalelle Wenn die BdF, die hohen Kosten ihres Verwaltungs- und Werbeapparates deckt, Abschreibungen und Wertberichtigungen von rund 400 000 M vornehmen und den jetzt auf rund 5,3 Millionen Mark angewachsenen Rücklagen noch 413 000 M zuweisen konnte, so ist die Ursache dafür in den hohen Zinsgewinnen von 2,5 Millionen Mark zu suchen, die sich aus der Differenz zwischen den nun wartenden Sparer Guthaben und den vergangenen Geschäftsjahren ergeben. Die Bausparkassen verlangten Darlehenszinsen ergeben sich schätzungsweise von der BdF, die Rücklagen nach 21 Jahren zur Wertsicherung der Zuteilungen verwendet werden. Es muß aber betont werden, daß kein Rechtsanspruch der Sparer auf Beteiligung an den tatsächlichen Gewinnen besteht. — Die Deutsche Bausparkasse (DdB) zeichnet sich durch die größte Offenheit in der Schilderung der Einflüsse der Wirtschaftskrise aus. Die Kasse ist bemüht gewesen, ihre Sparer zur Erkenntnis der tatsächlichen Wertesinken zu bringen und so Bausparkassendank zu verdienen. Sparer zu erziehen. Bemerkenswert ist noch, daß die Bausparkassen der Deutschen Bausparkasse um die Tarifverbesserung und insbesondere um die Einführung eines den Mitgliedern der anglo-amerikanischen Bausparkassen angebotenen Tarifs ebenso wie den Neuzugang an Sparer belegen konnten wie die von der BdF, seit Anfang 1931 eingestiegen, in der Richtung einer Verbilligung der Sparbedingungen liegenden neuen Geschäftspläne.

Bei der Bausparkasse (BdB) handelt es sich um eine Kasse, die in den Geschäftsabrechnungen der Bausparkassen nach dem Beamen-Beimfangensystem eine sichere Grundlage hat. Sie ist die einzige Bausparkasse, die durch ihre Verbindungen zu staatlichen Kreditinstituten in bemerkenswerter Weise fremde Gelder beschaffen und auf diese Weise rund 50 % ihrer Sparer mit Darlehen versorgen konnte. Trotzdem ist auch hier seit 1929 ein Stillstand des Sparbestandes festzustellen, für 1931 sogar ein kleiner Rückgang. — Die Deutsche Bau- und Siedlungsgemeinschaft (DBS) bezeichnet sich in ihren Prospekten als "der Welt führende Unternehmen auf zinsfreier Grundlage". Sie preist das wunderliche "zinsfreie Geld" als "deutsche Währung" an und hat die Aufsichtsbewegung, die sie nach zwei Jahren der Fährtenreisen, der Abwicklung zahlreicher unblöder Terminaufgaben und der teilweise Vereinigung ihres Mitgliederbestandes 1930 wieder fortgesetzt. Die früher stark betriebene Aufnahme sogenannter nichtsparender Genossen — das sind meistens kleine Bauhandwerker, die die Mitgliedschaft erwerben, um an Bausparungen der DBS-Sparer beteiligt zu werden — eingestellt worden. Auch bei der DBS, die eingestricheltem den Vorrang. Nach den letzten Monatsauswertungen der DBS, sticht sowohl der Geldeingang als auch der Mitgliederzuwachs. Die Zahl der Darlehensnehmer bei der DBS, steigt schneller als die Zahl der Zuteilung, so daß die Sparer trotz beträchtlichem Neuzugang mit steigendem Alter der Wartesparen müssen. Mit dem Sichtbarwerden der längeren Wartesparen — die kürzeste tatsächliche Warteszeit beträgt 7 Jahre, nicht 6, wie die Sägung den Anschein erweckt, 1/4 Jahre — die bei aufhörendem Neuzugang an Sparer 29% Jahre betragen schwindet das jährliche Werbemittel der DBS. Sie befindet sich im frühen Anfangsstadium der auf Grund ihres Systems unvermeidlichen Krise. — Bei dem Zwecksparenbund für Eigenheim wirkt sich die Krise des Vertrauens der Sparer, die nach den zahlreichen Zusammenbrüchen und Verboten der r-födesten Bausparkassen eingetreten ist, erst 1932 in voller Stärke aus. Aber schon jetzt ist ein nahezu völliger Stillstand des Mitgliederzuwachs und eine sehr starke Abnahme der Zuteilungen festzustellen. — Die Deutsche Bau- und Siedlungsgemeinschaft (DBS) zeigt ebenfalls über ein starkes Mißverhältnis zwischen Werbungsaufwand und Sparerzuwachs berichten. Die Kasse hat allein 45 Ausstellungen veranstaltet, durch die angeblich 100 000 Interessenten erfaßt wurden. Ferner hielt sie rund 170 Werbeveranstaltungen ab. Die Gelder gingen demgegenüber dem Vorjahre um 0,8 Millionen Reichsmark gestiegen; die Zuteilungen dagegen wurden um 1,7 Millionen Reichsmark gestiegen. — Der Eigenheimbund Niedersachsen bietet das gleiche Bild wie der Zwecksparenbund für Eigenheim.

Eine besondere Nummer unter den Bausparkassen ist die Bauwiring AG. Ueber diese Gesellschaft sind uns von Mitgliedern aus verschiedenen Orten eine ganze Anzahl Beschwerden zugegangen. Die Bauwiring AG bedient sich einer der verwerflichsten Werbemethoden und ist wohl auch eine der leichtfertigen Gründungen. In ihre Aktien, "sprechen Wände" darüber. Die öffentlichen Verhandlungen der Bauwiring AG über Mitgliederbewegung, Darlehenszuteilungen und Kapitalausstattung werden von Brockschmidt (schiefherdings als ungläubig bezeichnet. Die sehr scharfen inneren Auseinandersetzungen, die seit längerer Zeit die größte Organisation der "zinslosen Arbeiterbewegung" befeuern, lassen ebenso wie die geschäftlichen Schwierigkeiten, in denen sich die Kasse befindet, baldige Uebererfahrungen erwarten. Die dem Bauwiring angehörende Bau- und Wirtschaftskasse

gemeinsam, Bremen, ist mit vielen anderen Bau-
parkassen in diesem Frühjahr in Konkurs gegangen. — Sel-
ber die Bau- und Sparkasse W. B., die vor-
nehmlich zugunsten der Rangparcours aus den Leistungen
früherzeitiger Bauarbeiter eine Ausgliederungsbilanz
bieten will, bedingt die ungedeckten Darlehensrückstellungen
eine Illiquidität, wie sie aus den Bilanzen der zahlreichen
zusammengeschlossenen oder verbotenen Bauvereinstitute nur
zu gut bekannt ist. — Die Deutsche Bau- und Wirt-
schaftsgemeinschaft, Köln (D.B.W.), ist neuerdings
zu einem Tarif auf Infanzinsgrundlagen übergegangen. Der
Kreis der Leistungsschuldner gemordeten oder in den Jah-
reskreis getretenen Bauarbeiter muß sich 1932 stark ver-
größert haben, weil die Darlehensrückstellungen, die Ende
1931 insgesamt 16,75 Millionen Reichsmark betragen, im
ersten Halbjahr 1932 nur um rund 0,5 Millionen Reichs-
mark gestiegen sind. Am 31. Dezember 1931 war die
D.B.W. noch mit Auszahlungsverpflichtungen belastet in
einer Höhe, die bei dem zu erwartenden Verlegen des
Einlagenwachstums leicht zu Zahlungsschwierigkeiten führen
können. — Die Volksbauparkasse „Vor-
wärts“, Albeck, die über bemerkenswerte Erfolge im
Jahre 1931 berichten kann, bietet in ihrer kurzen Ent-
wicklung das typische Bild des stürmischen Aufstieges, der
schließlich mit offenen Sparrücken arbeitenden angeblich
insolventen Kassen in ihrer Oberweite kennzeichnet. Die
höchste Wertzeit in ihrer Entwicklung ist der Spar-
erfolg, die von der Albeck Kasse „gemäß mathematischer Berech-
nung“ mit etwa 24 Jahre anzuhebender werden soll in
Wirklichkeit rund 45 Jahre betragen. Während das Ge-
samtbild der Bilanz auf dem 31. Dezember 1931 eine
günstige Liquidität zeigt, steht das eingezahlte Mitglieds-
kapital mit nur 9050 M in einem starken Mißverhältnis
zum Geschäftsumfang. Wie man hört, betreibt die Kasse
seit einiger Zeit die Erhöhung ihres Stammkapitals.

In der Lebenszeit sind nur die vorjährigen Geschäfts-
ergebnisse der geschiedenen privaten Bauparkassen be-
trachtet worden. Die Einkommenskräfte der Sparer hat sich
bis Ende 1931 nicht in dem von vielen Seiten befürchteten
Maße bemerkbar gemacht. In einer ungewöhnlichen Ver-
sicherung der Lage der privaten Bauparkassen hat sie erst
im Jahre 1932 geführt, in dem die besondere Sparver-
trauenskrise als Folge der zahlreichen Zusammenbrüche
und der größtenteils in das neue Jahr fallenden Verbote
unsolider Kassen stark an Umfang gewonnen hat. Wenn
1931 die verhältnismäßig soliden Bauparkassen am
stärksten von der Wirtschaftskrise erfaßt wurden, so ist an-
zunehmen, daß die zu erwartenden materiell-rechtlichen
Vorschriften des Reichsaufsichtsamtes über die Gestaltung
der Geschäftspläne, die Vereinfachung der üblichen Geschäfts-
praktiken und die Eindämmung unverantwortlicher Wer-
bung, die zu erheblichen Illusionsminderungen der Spar-
parer führen müssen, zwangsläufig die Entwicklung auch
der bisher wegen ihrer unbedingten Werbung noch
verhältnismäßig erfolgreichen Bauparkassen zum Still-
stand bringen werden.

„Bacht an Kameraden!“

Unter diesem Titel ist ein Buch von Peter Martin
Lampel im Komohlt-Verlag, Berlin W 50, erschienen.
Peter Martin Lampel ist der größte Teil unserer Leser
aus der Literatur bekannt. Wer sein Theaterstück „Revolte
im Erziehungsbereich“ nicht gelesen hat, kennt zumindest die
tiefe Wirkung, die sein Buch und die Aufführung in den
diversen Schauspielhäusern erzielt hat. Lampel hat sich mit
gutem Blick an eine Reform des Erziehungswesens in den
Heimen der Jugendlichen herangewandt. In diesem Buch
nimmt sich nun Lampel den freiwilligen Arbeits-
dienst vor. Leider nicht mit dem Erfolg und auch nicht mit
der Wirkung wie „Revolte im Erziehungsbereich“.

Lampel ist gleich von vornherein entscheidend. Er kennt
anscheinend die Literatur nicht, die schon gegen den frei-
willigen Arbeitsdienst vorhanden ist, die Aufdeckung seiner
Schäden und die Befragung, die mindestens zwanzig Bau-
berufe (und nicht nur Bauberufe) durch ihn erfahren. Er
ist deshalb von vornherein mit viel zu starken Hoffnungen
und Illusionen auf seine Entdeckungsfahrt gegangen; er hat
bei allen, die er interviewt, immer nur das Schöne und
Gute herausgehört. (Man kann ja schon durch die Frage-
stellung solche Wirkung erzielen.) Er ist über all das, was
samt und sonders der Arbeitsdienst bringt, mit einem gewissen
Sarkasmus hinausgegangen, so daß das ganze Buch, das
aus Erkundungsfahrten in über dreißig Arbeitslagern be-
steht, in einem hohen Maße auf den freiwilligen Arbeits-
dienst ausklingt.

Trotz der unerkennbaren Absicht Lampels, den Appetit
für den Arbeitsdienst anzuregen, wird der, der sich durch
die 328 Seiten hindurchgehen hat, zu der Auffassung
kommen, daß Deutschland mit dem freiwilligen Arbeits-
dienst nicht zu retten ist. Zieht man nämlich das Positive
ab, was aus den Erkundungsfahrten herauskam, dann bleibt
doch „ein großer Rest“ zu fragen peilich. Für die meisten
ist der Arbeitsdienst nicht weiter als ein Stück Abenteuer-
tourismus, wie wir früher etwa auf die Wanderfahrten
gingen. Daß es auch junge Leute gibt, die am Werkgedan-
ken selbst Freude haben, soll nicht bestritten werden; aber
sie sind denn doch sehr dünn gesät. In den allermeisten Fällen
soll aus den Arbeitslagern so etwas wie „normale Wieder-
geburt“ herausgeholt werden; militärischer Drill — nicht
überall, aber sehr oft — kommt hinzu.

Eine Menge Bekundungen sind für unsere Kollegen sehr
interessant. Sie sagt der Vortragsarbeiter eines Arbeitslagers
am Mittelstand-Kanal:

„Einigkeit bei der Arbeit kann ich gar nicht gebrauchen;
wenn die ihre Köpfe zusammenstecken, kann man gar nichts
anfangen. Wenn aber immer einer eine Wut hat auf den
anderen, dann schmeißt er dem zum Pöbel große Schaufeln
auf die Lere — und dann tut sich es...“

Auf Seite 29 sagt ein Lediker: „Eine Wohltat ist es
nicht, mit solchen Leuten zu arbeiten, weil keiner was ver-
steht, und wenn man sie dann richtig angeleitet hat, ist der
ganze Arbeitsdienst zu Ende.“

Außerdem meint er, „kommen die Arbeiter ebenso
weiter wie im freien Wettbewerb. Die Anketten belaufen
sich, fügte er hinzu, wenn man die Baracke und allen
sonstigen Arbeitsaufwand rechnet, auf vier Mark für den
Tag. Kein tariflich bezahlter Arbeiter hat heute solch
gutes Essen und hat so viel zum Leben, wie denen hier
gegeben wird.“

Auf Seite 30: „Die mit Tariflohn arbeiten ganz an-
derez Tempo, denen wird auch das Unterfetzen, wenn es

regnet, nicht bezahlt. Die kann man wegchicken, wenn sie
nichts taugen, dann sucht man sich die Richtigen raus. Hier
geht das nicht, sie denken, sie sind freiwillig; das heißt für
sie, was sie wollen macht Spaß, nicht was sie sollen.“
Auch auf Seite 50 wird wieder gesagt, daß die Arbeiter
— in freiem Auftrage vergeben — bedeutend billiger werden.

Auf Seite 52 beklagt sich einer, der den freiwilligen
Arbeitsdienst mit unfriedlich hat:

„Einen jungen Mann, den ich sonst in Kost bei mir
habe, den schmeißt ich um fünfse raus; dann hat er vor dem
Frühstück schon gegesst. Der arbeitet mir vierzehn Stunden,
und im Sommer sechzehn. Wenn ich ihn als Lehrling an-
nehme, spare ich sogar noch die paar Pfennige für die Ver-
sicherung.“ Solche erbauenden Gespräche sind in dem Buche
sehr viel zu finden. Interessant ist, daß auch Bauarbeiter,
Maurer, Zimmerer, vereinzelt auch Dachdecker, unter den
Arbeitskolonnen zu finden sind.

Ein Gespräch mit einem jungen Gewerkschafter sei hier
wiedergegeben. Auf die Frage, warum er überhaupt hier
sei, ob das seine Gewerkschaft nicht verboten habe, sagt er:
„Verboten nicht, wir will, der kann; aber die Gewerkschaft
sagt nicht, daß ihr es sollt.“ Auf eine weitere Frage:
„Der Bauer will uns billig, aber wie es uns dabei geht,
und was wir nachher haben, ist ihm piepegal.“ Über es sei
doch besser als zu Hause.“

Der zwanzigjährige Gewerkschafter denkt verhältnis-
mäßig weis. Er sagt, wenn man arbeiten muß, dann muß
auch ein Ergebnis dabei herauskommen, nicht bloß ein vor-
übergehender Notbehelf. Seine Sorge, was nach den zwanzig
Wochen oder was nach ein, zwei Jahren wird, wächst
ins Riesengroße.



Das gab's schon öfter, 's kommt immer wieder.
Man müßte bauen, doch reißt man nieber!

Bei der ganzen Einstellung Lampels müßte die so-
ziale Hilfe eine sehr große Rolle spielen. Leider merkt
man aber in seinen Schilderungen sehr wenig. Wir haben
eifrig gesucht, ob nach der Arbeit Wert darauf gelegt wird,
den jungen etwa die preisliche oder die Weimarer Ver-
fassung nahezufragen, sie für die Republik über überhaupt
für das Gemeinwesen zu erziehen, womit noch außen immer
so stark Reklame geschunden wird. Davon ist auf drei-
viertel Seiten sehr wenig zu finden, um so mehr militäri-
scher Kram, Hacken zusammenhängen, Strammsetzen usw.

An verschiedenen Stellen klingt es durch, als ob auf
diesen Arbeitsplätzen zu einer politischen Bildung er-
zogen würde, aber die Beispiele, die vorgezogen werden,
sind nicht sehr überzeugend.

Das Führerproblem ist meines Erachtens das Wich-
tigste. Hier — scheint mir — ist alles noch in den Kinder-
schuhen. Führer, die mit dem sogenannten „sozialistischen
Geist“ an die Dinge herangehen, sind wohl nicht die ge-
gebenen Menschen. Deshalb läßt man aus diesem Buche
unbedingt heraus, daß ehemalige Offiziere niemals Führer
sein können.

Wer Lampel durch seine Arbeitsdienstfahrten gefolgt
ist, wird zugeben müssen, daß unsere ablehnende Haltung
gegenüber dem freiwilligen Arbeitsdienst durchaus berech-
tigt ist. Wenn wir in der letzten Zeit „der. Ost“ gehorchend,
nicht dem eigenen Triebe“, uns doch mit einlassen, so aus
dem einfachen Grunde, um Schlimmeres zu verhindern, um
unser Teil beizutragen, das Führerproblem von einer an-
deren Seite aus zu unterstellen, als es bisher geschehen ist;
zu versuchen, dem an und für sich sehr unheimlichen
System wenigstens einige giftige Jähre auszuziehen. Des-
halb wird der neugegründete „soziale Dienst“ hier eine
ungeheure Aufgabe vorfinden. Auch aus diesem Grunde
ist es wertvoll, wenn das Buch Lampels recht viele Leser
findet. Gerade das Negative, das in diesem Buche zum
Ausdruck kommt, ist wert, von uns ins Positive verwan-
delt zu werden.

Gegen die Kulturreaktion!

Das deutsche Theater, das Konzertwesen, auch das
unser Arbeiterangehörige und Kulturorganisationen
ist durch die fürchterliche Wirtschaftskrise ernstlich bedroht;
mit am stärksten aber die in öffentlicher Hand befindlichen
Theater und damit auch im erheblichen Maße unsere
Volksbühnenbewegung. Es ist ein historisches
Verdienst der deutschen Arbeiterklasse, schon frühzeitig
genug erkannt zu haben, daß die Menschen nicht nur von
Brot allein leben wollen, sondern daß sie auch Anteil
haben sollen an den Kulturveranstaltungen der Zeit. Der
Nationalsozialismus begnügt sich nicht damit, politisch,
wirtschaftlich und sozial reaktionär zu sein, auch in der
Kulturbewegung soll das Rad der Geschichte zurückgedreht
werden. Die derzeitigen Machthaber im Reiche und in
Treuhändlern tun dazu das Ihrige. Was sich in den letzten
Wochen auf dem Gebiete des Rundfunks ereignet hat, zeigt
zur Genüge, wozu die Reize gehet. Um auch diesen kultur-
reaktionären Bestrebungen wirksam begegnen zu können,

ist eine Abwehrfront geschaffen worden, bestehend aus dem
Verband der deutschen Volksbühnenvereine, dem Allge-
meinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem VZL-Bund, dem
Allgemeinen Deutschen Beamtenbund und dem Sozialisti-
schen Kulturbund sowie dem an Theater direkt interessierten
Gewerkschaftsorganisationen.

Diese Körperschaften haben an ihre örtlichen Verwal-
tungsstellen ein Rundschreiben erlassen, in dem dazu auf-
gefordert wird, in allen Theaterstädten Deutschlands ge-
meinsam Theater-Ausschüsse ins Leben zu rufen, deren Auf-
gaben darin bestehen sollen: 1. dauernde gegenseitige Früh-
lingsnahme und Verständigung der Organisationen, um die
Einheitlichkeit aller Aktionen zu gewährleisten; 2. Einfluß
zu nehmen auf alle öffentlichen Körperlichkeiten zugunsten der
Erhaltung und des Ausbaus der sozialen Theater- und
Kunstpflege; 3. planmäßige Erhaltung der in diesen Organi-
sationen zusammengeschlossenen Kräfte für das Volkstheater;
nachdrückliches Eintreten für die Arbeit der örtlichen
freien Theaterbesucherorganisationen (Volksbühnen); 4. Abwehr
aller kultur- und kunstfeindlichen Bestrebungen
politisch und anderer Gruppen, namentlich im Hinblick
auf das Theater; 5. Vorbereitung und Durchführung öffent-
licher Kundgebungen zur Erhaltung des Theaters, zur Sicherung
des kulturellen Regietheaters.

Erfolgreich werden diese Ausschüsse nur arbeiten
können, wenn die gesamte Arbeiterschaft sich wieder mehr
als letzter um diese kulturpolitischen Angelegenheiten
kümmert. Wir haben nicht umsonst einen jahrelangen
Kampf geführt, um auch der minderbemittelten Bevölkerung
diese großen Kulturgüter zugänglich zu machen. Dem ist es
zur Zeit manchem unserer Kollegen infolge verminderten
Arbeitslohnkommens und besonders unserer Arbeitslosen nicht
möglich, die kulturellen Bedürfnisse in dem Maße zu be-
friedigen, wie es wünschenswert wäre. Andererseits steht
aber fest, daß Volksbühnen, Sozialistischer Kulturbund, Ge-
werkschaften und Partei im Laufe der Jahre viele Möglich-
keiten geschaffen haben, um auch den Minderbemittelten
das Recht und die Gelegenheit zur Teilnahme an diesen
Kulturgütern zu schaffen.

Gegen wir — jeder einzelne an seiner Stelle — da-
für, daß auch dem Theater wieder neue Freunde zugeführt
werden. Erobert wir das Theater der deutschen Arbeiter-
schaft und damit dem deutschen Volk!

Am Wendepunkt?

Seit Jahren ist es das erstemal, daß über die Welt-
wirtschaftslage günstige Anzeichen feststellbar werden können.
Das deutsche Institut für Konjunkturforschung gibt über die
Weltwirtschaftslage folgenden allgemeinen Überblick:

„Obgleich Produktion und Beschäftigung noch weiter
schrumpfen, treten auf der Gelbseite der Wirtschaft erst-
malig in breiter Front Anzeichen zu einem Tendenzumschwung
hervor. Die Weltmarktpreise ziehen fast allgemein an.
Auch die Großhandelsindexnummern der Vereinigten Staaten
und Großbritanniens haben seit Jahresmitte steigende Ten-
denz. Die Rohstoffpreise nehmen im ganzen nicht mehr
zu. Der Rückgang des Weltbaldes hat sich verlangsamt;
der Mengenumsatz dürfte sogar stabil geblieben sein. Die
Widerung der Wertenskrise und der fortwährende Ent-
schuldigungsprozeß der Banken hat die Flüssigkeit der Geld-
märkte so weit erhöht, daß jetzt Mittel aus auf den Kapital-
markt überfließen. Ausbruch hierfür ist die Hausse an
den Renten- und Aktienmärkten. In Großbritannien und
den Vereinigten Staaten ist der Entspannungprozeß be-
reits so weit vorgeschritten, daß gewisse Rückwirkungen
auf die bisher noch stark schrumpfende Produktionswirt-
schaft in absehbarer Zeit wahrnehmbar sind. In einigen
überseischen Rohstoffländern haben infolge gebesserter Ab-
satzbedingungen die Konsolidierungstendenzen angehalten.
In den übrigen Ländern, vor allem in den von fähigen
Zahlungsbilanzschwierigkeiten und Staatsfinanzen niederge-
haltenen Schuldnerländern Europas, ist die Entlastung
noch so gering, daß anscheinende Verbesserungstendenzen nicht
zu erwarten sind. Dennoch dürfte die Weltwirtschaft als
Ganzes sich nunmehr anschaen, das Krisenstadium zu über-
winden.“

Diese Umkehrung des Instituts für Konjunkturforschung
klingt allerdings etwas ermutigend. Ein sprunghafter Auf-
stieg der Wirtschaft kann natürlich nicht erwartet werden.
Lieber die weltwirtschaftliche Konjunktur im allgemeinen
dürften nachfolgende Angaben einen gewissen Überblick
geben: „In der industriellen Erzeugung hat sich der Schrump-
fungsprozeß in den letzten Monaten fortgesetzt, besonders
in Frankreich und in den Vereinigten Staaten. Wenn sich
aber auch die industrielle Produktion bis zuletzt auf ab-
steigender Linie bewegte, so lag der Weltbald nicht ganz
so ungünstig. Im zweiten Vierteljahr 1932 ist der Mengen-
umsatz nicht mehr zurückgegangen.“ Dieses verhältnismäßig
günstige Weltbaldergebnis darf jedoch nicht überhöht
werden. Für eine durchgreifende Belebung des Weltbaldes
fehlen vorläufig noch die Voraussetzungen. Eine neue
Weltbaldbelebung erfordert eine Aktivierung der San-
delbilanzen der Schuldnerländer. Solange dies nicht ge-
schieht, wird ein Ausgleich zwischen Gläubiger- und Schuld-
nerländern als Voraussetzung für einen weltwirtschaftlich
sicheren Konjunkturaufschwung nicht gegeben sein. Noch sind
verschiedene Geldmärkte hinwegzuräumen. Geht es indes,
so könnte das Jahr 1933 einen allmählichen Wirtschaftsaufstieg
einleiten.

Wertvolle Unterstützung auf dem Wege zur Arbeitsbeschaffung.

Die sozialdemokratische Stadtbürgerdeputiertenfraktion in
Frankfurt a. M. hat Richtlinien zur Wohnung- und
Mietpolitik aufgestellt, denen wir folgende Forderungen
entnehmen:

Eine Erholung aus der Krise und damit eine Bek-
ämpfung der Arbeitslosigkeit ist kaum denkbar ohne einen
lebenshaften Wohnungsbau. Erfahrungsgemäß ist die Leber-
windung der Krise immer ausgegangen von dem Bauparkt,
der seinerseits wieder den anderen Gewerben Arbeit zu-
führt. Der Bedarf an neuen, billigen Wohnungen ist auch
noch nicht annähernd befriedigt und er wächst noch durch
das völlige Stocken der Bauaktivität von Monat zu Monat.
Darüber hinaus ist ein sehr erheblicher Teil der Altstaf-
gewundene menschenunwürdig und bedarf des Erlasses durch
neue Neubauwohnungen. Die Erstellung namentlich von
Kleinstwohnungen mit tarifmäßig bezahlten Kräfte ist
daher eine dringende Aufgabe der Stadt.

Unterhaltung und Wissen

Zu Gerhart Hauptmanns

70. Geburtstag.

Nach Goethe und Wilhelm Busch sei heute eines Mannes gedacht, der auf der Höhe seines Lebens in voller Schaffenskraft mitten unter uns steht und der demnächst sein 70. Lebensjahr vollendet. Es ist Gerhart Hauptmann.

Er wurde am 15. November 1862 in Obersalzbrunn geboren. Sein Vater war ein einfacher Gasthofbesitzer, der ihn zunächst nur die Volksschule besuchen lassen konnte. Später gelang es dann Hauptmann, in die städtische Realschule nach Breslau zu kommen. Sowohl in der Dorf- als in der Realschule zeigte er sich als schlechter Schüler, an dem die Lehrer wenig Freude hatten. Aus taufender Verzweiflung wollte er Landwirt werden, aber nach zwei Jahren gab er die Agrarkultur auf und verjagte es auf der Kunstschule in Breslau. Jedoch steckte in ihm auch kein Willkürer, selbst eine Reise nach Italien konnte ihn nicht zu dieser Kunst begeistern. Er ging dann nach Jena, dort trieb er Geschichtsstudien, mehr aber interessierten ihn Naturwissenschaften; hier kam er mit den Lehren von Karl Marx in Berührung, kostete nebenbei das Sozialistengesetz mit aus und fing dann an, sich der Schriftstellerei zuzuwenden.

Das ist die oberflächliche Lebensgeschichte von Gerhart Hauptmann in seinen ersten Stadien. Lesen wir eine der herkömmlichen Literaturgeschichten, dann gilt auch für ihn das Wort von dem „Schwanken des Charakterbildes“ in der Geschichte. Und in der Tat: Gerhart Hauptmann ist auch heute noch hart umstritten, wenn auch nicht in der Auffassung der Arbeiterklasse. Was wir über ihn denken, hat Konrad Hähnlich 1922 in einem feinen Buch veröffentlicht. Aber stark umkämpft ist er bei Jenen, die in Büchern und auf den Brettern nur Menschen und Liebes-Trauerspielergeschichten und Waldbräutchen hören wollen, jedoch nichts aus der Welt der Arbeit, nichts aus der Wirklichkeit, wie sie ist, sondern so, wie sie gewisse Leute von acht bis elf Uhr abends genießen möchten.

Das künstlerische Schaffen Hauptmanns orientiert sich vor allem an jener Richtung, die in seiner Jugendzeit begann, von sich reden zu machen: die Naturalisten. Ein Teil dieser neuen Männer kamen vom Ausland: Dostojewski, Zola, Tolstoj, Ibsen, Strindberg. Andere, wie etwa Max Kretzer, Arno Holz, Bruno Wille, die Gebrüder Hart, Conrad, Senkel, verließen in Deutschland zu zeigen, daß die unteren Klassen literarisch und dramatisch nicht zurückgefallen, die die Meinung vertreten, die unteren Stände dürften im Drama nicht handhabt gefasst werden. In diesen Kreisen der „Friedrichshagen“ zog es Gerhart Hauptmann. Es ist klar, daß er, der für die sozialen Bedürfnisse der Menschen von seiner Jugend her starkes Interesse hatte, aus diesem Milieu, in dem auch Wilhelm Bölsche, Simon, der spätere Schwiegerohn Bebel, und andere verkehrten, starke Anregungen empfing und auch seinerzeit befruchtend auf diese Richtung wirkte.

Schon in seinem allerersten Gedichtband „Promethiden-As“ finden wir starke Anklänge an sein späteres Schaffen. Wie kritisch er gegen sich selbst war, beweist, daß er seinerzeit die ganze Anklage aus dem Schwanken zurückzog und wieder einsampfen ließ. Sein erstes starkes Werk war „Sonnenaugang“, das bei der Uraufführung am 20. Oktober 1889 in der Berliner Volksbühne ungeheuren Staud aufwirbelte.

Zwar sind in diesem Drama die Personen noch etwas schemenhaft gehalten, das Problem ist nicht rein durchgeführt, aber es zeigt doch schon, wie Hauptmann es versteht, das menschliche Elend, die Veruche nach Erlösung zu schildern, wie er durch fast fotografisch genaue Wiedergabe von Gesprächen die Leidenschaft und die Sehnsüchte der Menschen künstlerisch zu gestalten verstand. Bei ihm trifft zu, daß die Kunst die Lenden zeigen soll, wieder Natur zu sein, man könnte auch umgekehrt sagen: Natur

wird bei ihm zur Kunst. Fontane nannte ihn den „entpflahten Ibsen“.

Den stärksten Eindruck hat der Dichter zweifellos bei uns mit seinem Schauspiel „Die Weber“ erzielt. Vorher waren entzündet „Rosa Bernd“, „Einsame Menschen“ und „Friedensfest“.

Wer von uns hat nicht in seiner Jugendzeit „Die Weber“ gehört, selbst registriert oder mitgespielt? Wir hatten in den neunziger Jahren eine reine „Weber-Infektion“. Hier kamen lebendige Menschen, hier kam das Elend der Arbeiter zum erstenmal auf die Bretter. Wir haben mit den armen Webern aus dem Culenberge gelitten, geflucht, haben ihr Loben gegen die Maschinen und die Herren Drehtüchter innerlich miterlebt, vor Erregung geschwiegt; Hauptmann hat diese Menschen in Mitgefühl verwandelt. Er hat in seinen „Webern“ in vielen das Klassenbewußtsein erweckt. Es gibt in diesem Drama keinen „Helden“, ja, Helben wird hier das ganze Volk. Jeder von uns sollte damals der Weber Bäcker sein. Es gibt keinen deutschen Dichter, der wie in den „Webern“ das Arbeiterelend so scharf erfaßt hatte. Etwas gleich höchstens Zola mit seinem um die gleiche Zeit etwa ins Volk gekommenen „Germinal“. In den „Webern“ reißt niemand sozialistische Gedanken, und doch hat es auf uns gewirkt; es wirkt heute noch auf uns wie ein Alarmruf. Um dieses Stück ist viel gekämpft worden; Polizei, Gerichte haben es verfolgt vom ersten Tage an. Jahrzehntlang durfte es nur in geschlossenem Kreise registriert werden. Aber gerade das hat uns die „Weber“ nur noch anziehender gemacht.

Hauptmanns Lustspiele „Wibergs“, „Roter Hahn“, „Schluck und Jant“, „Die Jungfern von Wischowsberg“ haben — außer dem „Wibergs“ — nicht die Bedeutung erreicht wie die „Weber“. Der „Wibergs“ ist wie der „Jerdrochene Krug“ von Kleist eins der besten deutschen Lustspiele, wenn es auch innerlich nicht so gut geraten ist wie die „Weber“. Von Dramen und Theaterstücken nennen wir „Kollege Crampion“, „Sanneles Himmelfahrt“, „Fuhrmann Henschel“, „Die verunkelte Glocke“, „Florian Geper“. Dieses Drama ist mehrere Male umgearbeitet worden, es bleibt eine große Leistung, trotzdem kann uns dieser „Florian Geper“ nicht so

Um den Beitragscheuen!

Kollege, sag jemand das Wörtchen „Verband“, Dann werde häufig wie weiße Wand! Pumpe die hörbar Luft in die Lunge! Schläcke die Spindel Zäcke die Jungel! Stimme die Orgel! Eröffne die Fedde — Rede, Kollege, rede — mehr!

Nein, brüdel! Weil das mehr Eindruck macht! Denn es geht um den Beitrag! Sei auf der Wacht! Ruche über und hohe unter! Duß unser Bund nur mal richtig herantret! Schimpfe, schäume, werde blau im Gesicht! Und vergiß mir die Wenzgen, die Wenzgen nicht!

Rede Unaufrichtig, rede Bleich, rede Jäm, rede Schwund! Schwöre auf Ludendorffs Leinwandberg, Auf die KPD, auf die Rajaparkel! Sag, die machen uns vom Wenzgen frei... Es ist alles erlaubt, es ist alles recht — Nur gehe als Sieger aus dem Gefecht!

Wozu auch sollst du Verbandsmitglied sein? Spiß du nicht schon Vorwand im Ziegenverein? Und in einer Winklerberke! Zahlendes Mitglied dreiter Klasse?

... Und jo wirft du eher zugrunde gehn, Als das Gebot der Stunde verstehn... (Zust. ein Winkler.)

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauergewerksbund.

Zeittafelungsergebnis vom 22. August 1932.

Regierungsverband	Beschäftigte Bauergewerkschaften	Mittelszahl der Beschäftigten	Arbeitslose		Die Woche vorher	
			Anzahl	%	Anzahl	%
Königsberg . . .	7	11 523	8 837	76,7	77,4	
Danzig	1	3 062	2 281	74,5	74,5	
Stettin	61	12 564	9 401	74,8	74,6	
Breslau	36	30 595	22 832	74,6	74,6	
Berlin	60	39 487	26 862	67,3	67,5	
Magdeburg . . .	42	21 761	16 677	76,6	77,1	
Erfurt	34	15 963	12 581	78,8	78,3	
Frankfurt	17	25 787	21 576	83,5	83,4	
Köln	12	13 290	11 977	90,1	89,9	
Dortmund	12	13 037	11 705	89,8	91,3	
Hannover	39	24 131	17 708	73,3	73,3	
Bremen	30	12 301	10 251	83,3	83,6	
Hamburg	45	24 491	20 594	84,1	84,3	
Rostock	60	7 637	4 581	60,0	61,2	
Dresden	31	49 622	37 406	75,4	76,0	
Nürnberg	29	13 717	9 371	68,3	67,7	
München	27	9 092	7 065	77,7	75,8	
Stuttgart	14	7 549	5 869	77,7	76,8	
Reichsruhe	10	10 756	9 036	84,1	84,2	
Zusammen	567	346 371	266 910	77,07	—	
Vorige Woche . .	—	346 993	267 636	—	77,14	

Streiks u. Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: Geper ist die Arbeiter des Unternehmens Schaner, Niederbühlau (Lübeck), Baustelle Ostbahnhof bei Reichel wegen unverkäuflichen Lohnabnahmevertrages, und die Arbeiter der Firma Wieberich in Norden wegen Tarifvertrages.

mitreißen wie die „Weber“, die Wirkung bleibt aus. Den echten Florian Geper bringt uns Hauptmann nicht nahe.

Sein Glasbühnenmärchen „Dippa tanzt“ hat besonders viel für und wider gefunden. Ich muß offen gestehen, daß ich nicht in das Stück eindringen kann, ich finde keine Beziehungen zu ihm. Von Konrad Hähnlich dagegen weiß ich, daß er dieses Märchen für eine der besten Leistungen Hauptmanns hielt; wir haben uns deswegen einmal im Parkhaus zu Wesbaden beinahe gesehnt. — Hauptmann hat noch vieles andere geschrieben. Seine „Eiga“, „Ratten“, „Gabriel Schillings Fisch“, „Friede“ sind zu nennen, die „Eise“ ist damit längst nicht erschöpft. Von seinen Romanen und Novellen seien erwähnt: „Atlantis“, „Emanuel Quint“, dann eine unaufrichtig zarte Dichtung: „Der Keger von Soana“. Ferner: „Die Insel der großen Mütter“, „Buch der Leidenschaft“, „Anna“, „Die Hochzeit auf Wachenborst“, „Die Spinnhade“. Auch viele Gedichte sind aus seiner Feder geflossen.

Was wir an Hauptmann so sehr schätzen, ist sein gediegener Sinn und sein aufrechter Charakter. Ein Talent und ein Charakter — das will viel heißen! Man wird in seinen ganzen Schöpfungen kein Wort finden, das als Gerissenes, als Anbiederndes, als überempfindlich, das hat ihn in der Kaiserzeit schon geschädigt. „Oben“ war er damals unter dem Durchschnitt, aber bei den unteren Klassen war und ist Hauptmann mit einer der „Oberen“, einer der Allerbesten.

Diese Zeiten sollen nicht abgeschlossen werden, ohne auch seiner letzten literarischen Arbeit zu gedenken: „Vor Sonnenuntergang“, ein Drama, das die Liebe eines Siegelabrigaden zu einem jungen Mädchen behandelt; aus dieser Liebe wird eine Auseinandersetzung mit der Familie, mit dem Geseh, mit der Gesellschaft. Wie immer hat auch hier Hauptmann kein Blatt vor den Mund genommen. Nag uns der Kampf des älteren Mannes um das zwanzigjährige Mädchen hier und da komisch berühren, den festen Ernst, der aus dem Stück spricht, zeigt uns Hauptmann in voller Reife. Von „Sonnenuntergang“ bis „Vor Sonnenuntergang“ eine schöne große Linie!

Wenn sich in nächster Zeit tausend Federn für und gegen Hauptmann abmähnen, wenn sein Geburtsjubiläum Freunde und Feinde in Bewegung setzen wird, wollen wir diese Kämpfe ruhig lächelnd beobachten. Unsere große Verehrung für diesen Mann kann uns keiner rauben. Auch die Werkstätten haben ihm einiges zu danken. Er ist der Richter, der mit den Armen, Bedrückten, Ausgebeuteten mitteilt, der ihre Sprache versteht und ihre Sehnsüchte kennt, der am liebsten die Menschenheit aufwärts zu führen führen möchte. Mit seinen Werken hat er zumindest vielen die Augen geöffnet. Selbst die Mutter Wolken im „Wibergs“ ist mir sympathischer als manche Figur in modernen Stücken, die sozialistische Effektlust redet. So grüßen wir Gerhart Hauptmann, den Mann im Schneeweißes Haar mit seiner feurigen Verbundenheit. Wer ihn bei der Eröffnung der Berliner Ausstellung „Sonne, Luft und Haus für Alle“ sah und predigen hörte, der fühlte: Hier steht ein ewig Junger, der uns hoffentlich noch manches Schöne schenken kann. Wir grüßen dich, Gerhart Hauptmann!

Als Abschluß ein Vers von ihm, der sein Denken charakterisiert:

Was kommt mir Leben oder Tod: Die armen Leute brauchen Brot! Das will ich ihnen reichen Und sollt ich 'nen Verleichen! Th.

Der kommunistische „Klassenkampf“ berichtigt über das Ergebnis der Parteikontrolle: „Die parteilosen Arbeiter haben uns geholfen, unsere Partei zu reinigen und innerlich zu festigen.“ Es gibt immer noch etwas Neues unter der Sonne. Eine Partei, die ihre eigenen Mitglieder von Nichtmitgliedern hinauswerfen läßt, ist sicher noch nicht dagewesen. Man könnte sich vorstellen, daß die Sache noch weiter ginge, daß nämlich die „parteilosen Arbeiter“ eines Tages erklärten, die ganze kommunistische Partei solle sich zum Teufel fliegen. Aber selbst wenn die kommunistische Partei von ihren sämtlichen Mitgliedern „gereinigt“ sein sollte, so wird sie doch noch weiter bestehen. Solange nämlich, wie noch ein russischer Rubel nach Deutschland tollt.

Zu deren Durchführung ist notwendig, daß 1. durch wirtschaftliche und politische Maßnahmen billiges Geld — die erste Voraussetzung für den Wohnungsbau — geschaffen wird;

2. durch gesetzliche Maßnahmen die sozialen Versicherungsträger verpflichtet werden, mindestens zwei Drittel, die Lebensversicherungsgesellschaften mindestens die Hälfte ihres Kapitalzuwachses dem Wohnungsbau zur Verfügung stellen;

3. die bei der Preussischen Wohnungskreditanstalt aufgenommenen Mittel aus den staatlichen Hauszinssteuerhypotheken nur für Zwecke des Wohnungsbauwes verwendet werden;

4. die Kommunen ihre Bodenpolitik ändern und unbeschadet um den Zuwachs städtisches Gelände zu stark verfallenen Preisen zur Verfügung stellen und für Serabeförderung der Erbauung Sorge tragen;

5. die preisvertreuernden Baustoffindikatoren und Ringe bekämpft werden.

Es wird ferner gefordert:

1. Ausschließliche Bereitstellung der Hauszinssteuer-Abzahlungsbeträge für die Zwecke der Hausinfantbedingung und Wohnungsreparatur.

2. Bereitstellung eines ausreichenden Reichs-Anfangs-Kredits; hierzu Bewilligung von zweijährigen Reparaturkrediten und ausschließliche Verwendung der Rücklässe aus diesem Kredit für die Fortsetzung dieser Arbeiten.

Wir können nur freudig feststellen, daß die Frankfurter auf dem richtigen Wege sind. Hoffentlich gelingt es unseren Genossen im Stadtparlament für diese Forderungen eine große Mehrheit zu finden. Unsere Kollegen, die kommunalpolitisch tätig sind, bitten wir, sich die Richtlinien, die noch sehr andere wichtige Abschnitte über Mietpreispolitik usw. enthalten, zu besorgen. Adresse: Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion Frankfurt a. M., Brachstraße 12 II.

Keine Baustelle ohne Baudelegierte!

In Witten ist das Baugeschäft Johannes Eleners wegen Nichtzahlung des Tariflohnes gesperrt. In Simmenau (Baugewerkschaft Kreuzburg) sind die Siedlungsarbeiten des Unternehmers Thomas Skahel wegen Verweigerung des Tariflohnes gesperrt.

Leiter: Geper sind: In Grimmisschan die Firma Gejinger, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf.

Sozialgesetzgebung

Leist eure Unterstützungsfähigkeit nachprüfen!

Einer der Grundzüge der Verordnung vom 16. Juni 1932 ist, die Arbeitslosen- und Kräfteunterstützungsfähigkeit den Wohlfahrtsämtern anzuempfehlen. In vielen Fällen liegen schon bei den Hauptunterstützungsempfängern die Sätze der Wohlfahrtsämtern, außer bei Einzelpersonen mit oder ohne eigenen Haushalt. Die Differenz vergrößert sich von der siebenten Woche an, wo die Kräfteunterstützung beginnt und die Bedürftigkeitsprüfung einleitet. Das haben wahrheitsgemäß auch die Geburtsbesitzer der Popen-Arbeiter eingesehen. In einigen Ländern sind von den monats die Landesregierungen mit einverstanden ist, wenn die Wohlfahrtsämter die Kräfteunterstützungsfähigkeit prüfen, die Wohlfahrtsämter die Differenz zwischen Alt- und Neu bis zu 85 % des Wohlfahrtsamtlohnes als Zuschuß gaben. Noch nicht alle Wohlfahrtsämter in solchen Ländern haben zu dieser Anweisung Stellung genommen, wodurch die Arbeitslosen natürlich gefährdet werden, weil sie keine Anträge auf Zuschlag stellen können. Durch ein Beispiel soll dargestellt werden, wie sich das praktisch auswirkt. Der Kollege W. wohnt innerhalb der Amtshauptmannschaft Martenbier in Sachsen in einem Dorf mit weniger als 10 000 Einwohnern, wo einseitige Wohlfahrtsämter gelten, hat Frau und drei Kinder. Nach den Lohnkäufen 7 bis 9 erhält er 14,40 M. wöchentlich Arbeitslosenunterstützung. Der für ihn in Betracht

kommende Satz beträgt 15,90 M, ist also 1,50 M höher als seine Arbeitslosenunterstützung. Er stellt den Antrag an das Wohlfahrtsamt auf einen Zuschlag von 1,50 M mit der Begründung, daß seine Arbeitslosenunterstützung um diese Summe niedriger ist als 85 % des ordentlichen Wohlfahrtsatzes. Dielem Antrag muß er eine Bescheinigung vom Arbeitsamt beilegen, die besagt, daß er nur 14,40 M Arbeitslosenunterstützung erhält. Das Wohlfahrtsamt zahlt ihm dann wöchentlich einen Zuschlag von 1,50 M. Dieser Satz kann sich bei Beginn der Krisenunterstützung je nach den Verhältnissen ändern. Wo bei der Bedürftigkeitsprüfung Rentenbesitzer anzunehmen sind, können dort die gehobenen Wohlfahrtsätze als Richtschnur angewandt werden. Auch bei Einsprüchen an den Spruchauschuß müssen die angeführten Richtsätze die Grundlage der Entscheidung der Arbeitslosen- und Krisenunterstützung bilden. Es ist also notwendig, daß sich die Kollegen bei ihrer Baugewerkschafts-Aufklärung über die ihnen zustehenden Unterstützungsätze holen.

Aus den Baugewerkschaften

Mülheim. Stiftungsfest und Jubilarehrung. Unsere Jahrestelle Friedrichsberg beging am 28. August ihr erstes Stiftungsfest, verbunden mit dem Jubilarehrung. Der hierfür vorgesehene große Saal füllte sich mit zahlreichen Besuchern und deren Angehörigen. Auch Mitglieder des Zimmerer- und des Maschinenverbands waren zahlreich erschienen. Kollege Wagner aus Mülheim hielt die Festrede. Dabei zog er Vergleiche mit früheren Jahren. Das mit großen Mühen heiß erkämpfte versucht man uns heute wieder zu entreißen. Die wirtschaftliche und politische Lage ist kritisch; es um mehr sei es unsere Pflicht, uns enger denn je in den Gewerkschaften zusammenzuschließen. Keiner darf sohnlichselig werden, jeder muß helfen, unsere geschlossene Front den Gegnern entgegenzustellen. Dem Jubilaren dankte der Redner für ihre dem Bunde bewiesene Treue; er dankte auch ihren Frauen, die die Leiden und Sorgen der Kollegen mit zu ertragen halfen in 25 Jahren Kampf um Arbeiterrechte. Auch der Jugendhilfe gedachte der Redner. Er forderte sie auf, den Alten nachzueifern, nicht nur um einmal eine Ehren-

nkünde zu bekommen, sondern aus Ueberzeugungstreue und zur späteren Benützung, dem Allgemeinwohl der Bauarbeiter gedient zu haben. Die mit großem Beifall belohnte Rede Wagneres klang aus in ein Hoch auf die Jubilare und unsern Bund. — Dieses bescheidene Fest, abgehalten in fräurigen Feiern, wird gute Früchte tragen. Alle Besucher waren zufrieden und gelobten, nachströmen und mit Ausdauer weiter zu wirken am Werke der Arbeiterbefreiung.

Reuflingen. Eine ganz besondere „Mutterfirma“ ist das Baugeschäft Johanns Wiedemann. Von dem Architekten Fuß wurden dieser Firma als der billigsten einige Neubauten übertragen. Wiedemann zahlt zunächst 7 % unter Tarif. Anfang August baute er den Lohn nochmals um 5 % ab. Als die Arbeit fertig war, stellte sich heraus, daß einige Bauarbeiter noch einen Restlohn von insgesamt 387 M zu fordern hatten. Der Betrag wurde von der Baugewerkschaft Reuflingen zugleich mit dem Tariflohn eingeklagt. Die Firma hat es vorgezogen, auf dem Arbeitsgericht nicht zu erscheinen; es erging Verurteilungs-urteil. Von dem Geschäftsführer unserer Baugewerkschaft wurde festgestellt, daß Wiedemann noch den Architekten sowie die Lohnrechnungsrechner in Anspruch genommen hat, die den zuständigen Behörden nicht abgeliefert hatte. Die den Arbeitern abgezogene Steuer wurde erst April nicht abgeführt. Dem Finanzamt war die Firma überhaupt nicht bekannt, so daß auch keine Umsatz- oder Gewerbesteuer gezahlt wurde. Hingru kommt noch, daß der Restlohn nicht mehr bestrahlt werden kann. Die Baugewerkschaft Reuflingen hat den Betrag der Staatsanwaltschaft angezeigt. An der ganzen Sache ist auch der Architekt Fuß nicht unschuldig; gerade er versucht immer wieder, einen billigen Jakob zu bekommen. Ganz besonders bevorzugt er Unternehmer vom Lande, die die Preise ganz gewaltig drücken. In solchen Fällen sollte der Architekt mit zur Verantwortung gezogen werden. Die Arbeiter sind nicht nur um ihren Lohn, sondern auch um ihre Vertragsmarken bei der Landesversicherungsanstalt geprellt. „Baugeschäfte“ wie das von Wiedemann müssen ausgetrotzt werden. Den Bauherren aber wäre zu empfehlen, ihre Aufträge nur an solche Firmen zu vergeben. Das gilt auch für die Architekten; vielfach wird leider nur nach dem Preis gesehen ohne Rücksicht auf die Folgen. Auf Herrn Fuß trifft das ganz besonders zu.

munistischen Forderungen täglich den Arbeitern bei ihrem Kampf um die politischen und sozialen Rechte in den Rücken! Wie lange wollen sich die kommunistischen Arbeiter das gefallen lassen?

Junge „deutsche“ Frau von 1932. Frau Magda Goebbels, die Frau des Berliner Diktators der Nazis, hat in diesen Tagen eine Tochter geboren. Vier Tage vor ihrer Entbindung hat diese „deutsche“ Frau ein Schreiben an die Frau eines der Mörder von Potempa gerichtet und für die vierjährigen Mörder des Arbeiters Dietrich ihre Sympathie zum Ausdruck gebracht. Dies Schreiben hat die deutsche Frau in der nationalsozialistischen Presse veröffentlicht lassen. In dem Schreiben heißt es: So geht es hier doch um Dinge, die weit über die Pflanz hinaus nur die einfachsten Gesetze der Menschlichkeit betreffen. — Die einfachsten Gesetze der Menschlichkeit gebieten es, sich mit Schauern abzuwenden von so verrückter Tat, wie sie in Potempa geschehen ist. Daß einem Unglücklichen, der von einer Mörderbande im Schlaf überfallen wurde, nach schmerzlichen Verwundungen zuletzt noch (alles in Gegenwart seiner alten Mutter) der Kehlkopf mit einem Gesteck abgehakt werden sollte, daß dem ersten Mord nicht gleich ein zweiter nur deshalb nicht folgte, weil einer der Mörder zurückgeblieben war, das ist für jeden, der wahrhaft menschliches Gefühl besitzt, nur ein Anlaß zum Abscheu und Empörung über solche Tat. Daß eine Frau, die unmittebar vor ihrer Niederkunft steht, die einem neuen Menschen das Leben schenken soll, sich nicht von solcher Tat abwendet, sondern öffentlich ihre Sympathie mit den Mördern bekundet, das ist eine Verurteilung aller menschlichen und mütterlichen Gefühle. Das Schreiben dieser „deutschen“ Frau ist Beweis dafür, wie tief die edelsten menschlichen Gefühle bei den Nationalsozialisten und ihren Frauen im Kurs gesunken sind!

„Schul Heil!“ Im Prozeß des Schriftstellers Helmuth Klotz gegen den Redakteur an der nationalsozialistischen Zeitung in Hannover, Wehrns, wurden in München Zeugen vernommen. Das Hannoverische Nachrichtenblatt anläßlich des Ueberfalls im Reichstage auf Klotz diesen als den Verfasser der „Mordbriefe“ bezeichnet. Deswegen hatte Klotz Privatklage wegen verletzender Beschuldigung erhoben. Als Zeugen waren Hauptmann Köhm, Adolf Hilbert, „persönlicher Adjutant“ und Führer der Hitler-Jugend, sowie der Oberlandesgerichtsrat Dr. Kemmer geladen worden. Letzterer hatte seinerzeit in dem Strafverfahren gegen Köhm wegen Vergehens gegen § 175 des Strafgesetzbuches (Widerwärtliche Anzucht zwischen Personen männlichen Geschlechts) als Untersuchungsrichter amtiert. Köhm war nicht erschienen, sondern hatte sich „entschuldigt“. Oberlandesgerichtsrat Dr. Kemmer erklärte unter Zeugnissen, daß er Hauptmann Köhm am 28. Juli 1931 vernommen und daß Köhm hierbei gestanden habe, die Pktter durch Dr. Klotz veröffentlichten berührten drei Liebesbriefe (in denen Köhm in homosexuellen Neigungen (schweigt) selbst verfaßt, selbst geschrieben und selbst unterzeichnet zu haben.

Gewerkschafts-Edelmannschaft. Der nationalsozialistische „Angriff“ hatte die Stahlhölmer, Nachschlichter der Reaktion“ genannt. Darauf erhielt das Blatt aus dem pfeifenden Hotel Gessloff zu Berlin einen Brief mit der Aufschrift des Herrn Goebbels. In dem Brief heißt es: „Sie erlauben sich, uns als Frontsoldaten Nachschlichter zu nennen, Sie, der selbe Drückberger, der nie Pulver gerochen. Weshalb Sie doch zuerst die schweißartig gekleideten SA- und SS-Operettenfiguren, diese bunke Gesellschaft größtenteils jugendlicher Idioten, Narren, Abenteuerer, Desperados, Kommunisten und sonstiger Verbrecher. Die sind — mit wenig Ausnahmen — nicht mal für Nachwächter geeignet. Dämpfen Sie Ihre Stirndrüsen, mäßigen Sie Ihre Klappe, Sie hysterischer Scheißhaufen, sonst gibt's Maulschellen. Einen Scheißhaufen und Nachschlichter nennen wir Sie, denn nicht mal in Verbindung mit Scheiße sind Sie für uns ein Kerl Mit gebührender Mißachtung: Drei alte Handgen des Stahlhelm.“ Das ist urteilsschweres Edelmannschaft! Die „Germanen“ vom Stahlhelm und von der SA sind einander wert. Im übrigen können wir schon heimlich keine in einem berühmten Gesicht festgefressen hat — alle beide. Schief gehen kann nichts, wenn diese beiden auf diese Weise „zu Schuß und Truhe brüderlich zusammenhalten!“

Verbot einer Gewerkschaftsleistung. Nachdem die „Buchbinderzeitung“ eine Verwarnung bekommen hatte, ist nunmehr diese Zeitung auf 3 Wochen verboten worden. Als Grund wird ein Aufsatz angegeben, der den Titel „Eine unumgängliche Verbotsandrohung“ trägt und sich mit der oben erwähnten Verwarnung beschäftigt. In dem Aufsatz wird eine Beschimpfung der Reichsregierung gesehen. — In einem zweiten Fall wurde ebenfalls eine gewerkschaftliche Zeitschrift verwahrt. Es handelt sich hier um das Nachrichtenblatt einer örtlichen Gruppe, um den „Nachrichtendienst der Ortsgruppe Berlin der Reichsgewerkschaft deutscher Kommunalbeamten“. In einem Artikel: „Unter dem Belagerungszustand“ sei dem Reichspräsidenten und

Politische Zeitnotizen

Ohne Demokratie können die Völker nicht leben. „Die Demokratie ist so notwendig wie die Luft, ohne beide kann man nicht leben.“ Diese Worte Hitler's und Mussolini's sagten. „Erst wenn das Volk die Demokratie verloren hat, weiß es sie zu schätzen.“ Wir setzen hinzu, nicht die bürgerliche Demokratie, sondern die soziale und wahrhafte Demokratie ist gemeint. Wer denkt bei diesen Worten nicht an unsere gegenwärtigen Zustände. Eine politische Waspemie, ein Theater- und Verfallsspielchen, in dem sich seit Anfang des Regimes „der grundsätzlichen neuen Staatsführung“ von Mord- und Verfallsspielchen und politisch-ökonomischen Diktatoraten ausgeht. La-iz, La-izal für unser Geld! Die Hitler-Partei, deren Vertreter in verächtlichsten Worten mit entsprechender armverherrlicher Pose vom „parlamentarischen Kuhhandel“ sprachen, „verhandeln“ viele Tage mit dem Zentrum um eine „Regierungsgrundlage“ für das Reich und für Preußen. Was sich dabei abspielte, war nicht einmal ein Abklärung ernsthafter Verhandlungen, sondern politische Kabalgeriet allerhöchster Sorte. Von ihrem größtmöglichen „Führer“ inspiriert oder nicht; das einzige Ziel der nachsichtigen Verhandlungspartner ist, das Zentrum zu überbügeln und sich dann allein in die Gesamtmacht zu setzen. Jeder von den Frick, Röhm und Göring hält sich für einen Caesar, zumindest aber für einen Mussolini oder Bismarck. Dabei gleicht der politische Horizont jedes einzelnen von ihnen dem eines Kriegervereinlers von 1866. So was darf heute, dank gewisser Eigenschaften eines Drittels des einstigen Volkes der Dichter und Denker, im politischen Leben eine Rolle spielen! Diese Rollen haben, wie wir hoffen wollen, allerdings auch einen Wert. Wer nicht ganz mit dem Dummbeutel geklopft ist — und das kann man auch nicht bei allen 13 Millionen Nazi-Wählern annehmen, dem offenbart sich in diesen Tagen mit aller Deutlichkeit, welche Sorte von Heiligen die Hitler-Brüder in Wirklichkeit sind. Darüber dürfte auch das Gegeißel des jetzt betrogenen Betrügers Hitler, der die Papen-Regierung in den Sattel hob, ihr Loterierzeug verpraucht, in der Hoffnung, daß der Reichspräsident nach den Wahlen den „sozialistischen Gesellen“ das Kanzleramt übertrage und Herr von Schleicher sich mit dem ehemaligen „Mittelschichtgesellen“ in der Macht teilen würde nicht hinwegtäuschen. Die deutsche Miniaturausgabe Mussolinis, die in den Amtsgebäuden der Wilhelmstraße so schön stramme Haltung einnimmt, im Kaiserhof mit schlechten Manieren den Arriolekten spielt, reißt nun durch Deutschland und mimt den Radikalen. Nach seiner eigenen Versicherung hält sich Hitler „von der Vorlesung“ dazu berufen, an die Macht zu kommen. „Der Führer“ in bengalischer Beleuchtung! Seine Anhänger mögen von ihm hoffen, daß bengalische Beleuchtung für römische Krankheiten dieselbe Wirkung haben möge, wie die Höhenpöbel bei englischen.

Papen; flankiert an der einen Schulterseite vom Bundesführer des Stahlhelms, Herrn Selbste, an der anderen vom Ekkronprinzen. — Die „Leberparasitität“ ist wahrhaftig leistungsfähiger als das „Parteischema“ des „Wohlfahrtsstaates“, der das Volk moralisch jermächt.

Wie lange wollen sich die KPD-Arbeiter das gefallen lassen? Die kommunistische Presse hält es nach wie vor für ihre erste Aufgabe, in jeder Nummer ihrer Ausgaben das lächerlichste und tollste Zeug über den WGB, und die SPD, zu verpacken. Nach wie vor empfindet die KPD, es

Wir stellen vor:



Edmund Heines, Leutnant a. D., Reichstagsabgeordneter der Hitler-Partei, Fememörder in der illegalen Schwarzen Reichswehr, Führer der schliesslichen SA, Vorgesetzter und Beschützer der Mörder von Potempa.

nicht als ihre Aufgabe, mitzubelfen, den Faschismus zu rücken. Die Kommunistenpartei und ihre Presse, unter Führung des politischen Strategen Talmann, hält es immer noch als ihre oberste Aufgabe, die „Opposition“ der SPD, und des WGB, zu entlarven. Dabei kommt es ihr natürlich nicht darauf an, die Geschichte zu fälschen. Aber schließlich kann kein Denker darüber hinweggehen, daß die KPD, es war, die dem Monarchisten Hindenburg schon zu einer Zeit in den Sattel half, als noch die Möglichkeit bestand, einen republikanischen Kandidaten auf den Präsidentenstuhl des Reiches zu setzen. Man kann auch nicht darüber hinweggehen, daß die kommunistische Partei noch im vorigen Jahre in Preußen (und anderswo ähnlich) gemeinlich mit den Nazis und Deutschnationalen den schwarzweißen Faschismus-Vollstreckung veranlaßte mit dem Ziel, die Braun-Geuerig-Regierung zu fällen. Nachdem dies — ihr Ziel — erreicht war, forderte die KPD, in heuchlerischer Weise den Generalstreik. In dieser gesinnungslosen Politik hat sich auch bis heute nichts geändert. Mit Lügen und Verdrängungen wird von der KPD, in einer Weise gearbeitet, um die sie Meister Goebbels beinahe hätte. Da wird davon geredet, daß die WGB-Führer an der Durchführung der Notverordnung mitarbeiten wollen; da wird insom gelogen, daß die Stämpfer und Wels mit der Ausrüstung Papens und Schleichers hundertprozentig einverstanden seien; da wird von „Befreiungen“ mit der Regierung, sogar im für die Regierung günstigen Sinne, berichtet, wo überhaupt noch keine stattgefunden haben. Mit den gemeinsten Behauptungen fallen die kom-



Wer sich für „GEG“ entschließt, raucht billig und genießt!

GEG-Smarra 2 1/2 Pf.
GEG-Iris . . . 3 1/3 „
GEG-Jaka . . . 3 1/3 „

aus Ihrem Konsumverein, die zeitgerechten, guten Zigaretten für Sie!

